

# Schweiz schützen!

1  
2 In Genf überraschen vier maskierte Männer einen Mann in seinem Bett. In Chur, Bern, Lausanne oder Zürich  
3 wachsen Drogenszenen. Vergewaltigungen, Ehrenmorde und andere Gewaltdelikte erreichen Höchststände. Die  
4 Bedrohungen im Land nehmen zu – spürbar, sichtbar, jeden Tag. Unser Staat hat sich verzettelt. Er vernachlässigt  
5 seine Kernaufgabe: die Sicherheit der Bevölkerung.

6 Was sind die Gründe dafür? Einer ist offensichtlich: Unser Justizsystem fokussiert heute zu sehr auf die Täter,  
7 ihre Rechte und ihre Perspektiven. Statt Resozialisierung muss der Schutz der Bevölkerung wieder ins Zentrum  
8 rücken.

9 Ein zweiter Grund: Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität und Gewalt bei. Während die Linke dies  
10 tabuisiert und die Polizei entwaffnen möchte, will die SVP unsere Polizei blind machen und abgewiesene  
11 Asylsuchende aus ganz Europa anlocken. Genau das wäre die Folge der SVP-Chaosinitiative  
12 («Nachhaltigkeitsinitiative»). Bei einer Annahme würden die Verträge von Schengen und Dublin gekündigt und  
13 unser Land würde den Zugang zu europäischen Fahndungssystemen verlieren.

14 Für die FDP ist klar: Die Menschen dürfen vom Staat erwarten, dass er sie vor Gewalt schützt.

- 15 > Ja, das kostet Geld. Ja, das können wir uns leisten. Nein, dafür braucht es keine neuen Steuern, sondern
- 16 eine Neuordnung der politischen Prioritäten.
- 17 > Ja, Täter sind auch Menschen. Ja, die Resozialisierung ist ein wichtiges Ziel. Nein, das darf nicht dazu führen,
- 18 dass der Schutz der Bevölkerung vernachlässigt wird.
- 19 > Ja, Kriminalität kommt heute zu einem wesentlichen Teil aus dem Ausland. Schlepper, Banden und Mafia
- 20 sind international vernetzt. Nein, diese Fakten verschwinden nicht, wenn man die Augen vor ihnen
- 21 verschliesst. Und ebenso wenig, wenn man unsere Polizei isoliert und die Schweiz zum Asylmekka von ganz
- 22 Europa macht.

23 Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustür offen liess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für grosse Teile  
24 der Bevölkerung zerbrochen.

25 Bauen wir es wieder auf!

## 26 1 Wer schlägt, sitzt

27 Gewaltstraftaten und Sexualdelikte nehmen zu. Laut Kriminalstatistik sind Delikte wie schwere  
28 Körperverletzungen und Vergewaltigungen im Jahr 2024 um fast 20 Prozent angestiegen. Dabei sorgen nicht nur  
29 die Taten, sondern auch die Urteile für Aufsehen. Wenn Täter mit einer bedingten Strafe davonkommen, so wird  
30 das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Das Problem sind nicht nur die Gesetze, sondern auch  
31 Richter, die ihren Spielraum nicht nutzen und zu leichtfertig bedingte Strafen verhängen. Laut Angaben des  
32 Bundesamts für Justiz wird heute jede vierte Vergewaltigung lediglich mit einer bedingten Strafe bestraft, jede  
33 dritte mit einer teilbedingten.

34 Das muss sich ändern. Die FDP verlangt, dass Täter ihre Strafe bei Gewaltdelikten antreten müssen: Wer schlägt,  
35 sitzt. Dasselbe gilt für Sexualdelikte. Dabei soll das Gericht auch künftig die Tat und ihre Umstände würdigen. Wir  
36 fordern jedoch eine Prognoseumkehr: Die Verhängung einer bedingten Strafe muss in Zukunft vom Richter  
37 begründet und explizit gerechtfertigt werden, statt wie bisher die Regel bei Ersttätern zu sein. Grundsätzlich ist  
38 diese Verschärfung nicht nur für Gewalt- und Sexualdelikte, sondern für alle Delikte sinnvoll. Dadurch werden  
39 Richter stärker in die Verantwortung genommen, die Sicherheit der Bevölkerung über die Bequemlichkeit einer  
40 bedingten Verurteilung zu stellen.

41 Je öfter Strafen unbedingt verhängt werden, desto weniger Platz bleibt für bedingte Geldstrafen. Diese schrecken  
42 nicht ab und verhindern keinen Rückfall. Vielmehr werden diese Sanktionen häufig wie ein Freispruch empfunden.  
43 So muss eine Parkbusse bezahlt werden, eine bedingte Geldstrafe aber meist nicht. Dies ist ein Hohn für jeden  
44 Gerechtigkeitssinn – nicht zuletzt für den der Opfer.

## 45 **2 Polizei stärken**

46 Die Polizei wird in der Schweiz immer häufiger an den Pranger gestellt. Linke Stadtregierungen und Aktivisten  
47 stellen legitime Einsatzmethoden infrage, fordern die Entwaffnung von Polizisten oder beschränken deren  
48 taktische Mittel bis zur Handlungsunfähigkeit. Parallel dazu werden Krawalle bei Demonstrationen – zuletzt  
49 sichtbar bei Ausschreitungen in Bern – viel zu oft geduldet. Die Folge? Unsere Polizei kann ihrer zentralen  
50 Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, heute nur noch eingeschränkt nachkommen.

51 Die FDP fordert: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wieder zu gewährleisten, muss die Politik damit  
52 aufhören, die Polizei zu schikanieren.<sup>1</sup> Der Polizeiberuf muss wieder attraktiv werden. Vor allem aber benötigen  
53 Polizei und Staatsanwaltschaft deutlich mehr Personal, um die wachsende Kriminalität konsequent und zeitnah  
54 verfolgen zu können.<sup>2</sup> Die FDP fordert, dass dieser dringend nötige Aufwuchs auf Gemeinde-, Kantons- und  
55 Bundesebene primär verwaltungsintern kompensiert wird.

56 Hinzu kommt, dass die Polizeikörpers zu wenig zusammenarbeiten. So ist eine Kantonspolizei heute gezwungen, bei  
57 allen anderen Kantonen einzeln anzufragen, da eine gemeinsame Abfrageplattform fehlt. Die Schweiz benötigt  
58 endlich eine interkantonale Polizeidatenbank, damit Informationen schnell und vollständig verfügbar sind.<sup>3</sup>

59 Generell benötigen die Polizei und die Ermittlungsbehörden zusätzliche taktische Möglichkeiten. So werden heute  
60 bei gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen von unbewilligten Demonstrationen jene Personen, die sich daran  
61 beteiligt haben, nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuss gesetzt. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Taten  
62 zu vertuschen oder sich abzusprechen. Die FDP fordert, die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme bei allen  
63 Delikten auf 48 Stunden zu verdoppeln<sup>4</sup> – unter Einhaltung der Verfahrensgarantien. So erhalten die Behörden  
64 mehr Zeit für die Beweissicherung. Weiter müssen Polizisten auf Bodycams zurückgreifen können. Die  
65 Aufnahmen schrecken Gewalttäter ab und schützen die Beamten vor tätlichen Übergriffen und falschen  
66 Anschuldigungen. Zudem sollen künftig von Amtes wegen alle aggressiven Handlungen (z. B. Drohungen, Gewalt,  
67 Tötlichkeiten) gegen Beamte verfolgt werden.<sup>5</sup>

## 68 **3 Neuen Platzspitz verhindern**

69 Das Drogenelend, das Zürich am Platzspitz vor 30 Jahren überwunden hat, ist in mehreren Schweizer Städten  
70 zurückgekehrt. Während damals Heroin zu menschlichem Leid führte und ganze Quartiere in Unsicherheit stürzte,  
71 breiten sich heute Crack und Fentanyl rasant aus. Der Konsum hat sich in gewissen Landesteilen seit 2020  
72 verdreifacht. In Genf hat er sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Im Stadtzentrum von Lausanne sind offene  
73 Szenen entstanden.

74 Die Bevölkerung der betroffenen Städte erleidet mehr Diebstähle, mehr Einbrüche, mehr Aggression. Im  
75 Unterschied zu Heroin sind bei Crack die Konsumzyklen viel kürzer. Süchtige jagen einem Rausch nach, der nur  
76 wenige Minuten dauert und oft von schweren psychotischen Zuständen abgelöst wird. Die Folge sind mehr  
77 Beschaffungsvorgänge, mehr Kriminalität und mehr Gewalt gegenüber Unbeteiligten.

<sup>1</sup> [Petition](#) FDP-Liberale Fraktion: Blinde Fahndung? Nicht mit uns!

<sup>2</sup> Mo. SiK-N [25.3941](#) Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol: Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden

<sup>3</sup> Mo. SiK-N [23.4311](#) Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches

<sup>4</sup> Mo. Wasserfallen [25.4581](#) Stopp dem Gewaltextremismus: Die vorläufige Festnahme ist auf 48 Stunden zu verlängern

<sup>5</sup> Pa. Iv. Cottier [25.492](#) Drohungen oder Gewalt gegen Beamte: Verfolgung von Amts wegen

Was tun? Die Schweiz hat in den 90er Jahren bewiesen, dass sie eine offene Drogenszene in den Griff bekommen kann. Nun muss ihr das erneut gelingen. In der Pflicht stehen insbesondere die linken Regierungen der betroffenen Städte, die Dealer heute vielerorts tolerieren. Am Bahnhof von Vevey kann heute jeder Jugendliche Crack kaufen, ohne dass die Polizei intervenieren darf. Dabei gilt es, das Viersäulenmodell aus Prävention, Behandlung, Schadensminderung und Repression zu aktualisieren. Bei harten, gesellschaftlich hochproblematischen Drogen wie Fentanyl oder Crack muss der Aspekt der Repression stärker gewichtet werden, insbesondere hinsichtlich Beschaffungskriminalität und Handel. Die FDP fordert daher Nulltoleranz für den Handel mit harten Drogen.

#### 4 Transparenz schaffen!

Was linke Parteien gerne verschweigen, stellt jeder Strafverfolger täglich fest: Unter Gewalt- und Sexualtätern sind Ausländer aus bestimmten Herkunftsländern stark überrepräsentiert.<sup>6</sup> Obwohl diese Korrelation in Statistiken zu Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen klar belegt ist, sind die relevanten Daten nicht oder nur mühsam zugänglich, sie werden unvollständig erhoben oder verschleiert. Dies erschwert eine ehrliche politische Debatte und hilft nur den Ideologen an den politischen Rändern. In einer funktionierenden Demokratie sind Fakten und belastbare Zahlen unverzichtbar, um Gefahren zu erkennen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Die FDP fordert daher, dass das Bundesamt für Statistik (BfS) die nachfolgend beschriebene Analyse vornimmt und der Bevölkerung zur Verfügung stellt – Zahlen, die heute mühselig von privaten Forschern wie Prof. Dr. Frank Urbaniok zusammengesucht oder geschätzt werden müssen. Benötigt wird die Kriminalitätsquote von Ausländern und Schweizern in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil im Land. Anschliessend soll das BfS die Überrepräsentation einzelner Nationen berechnen und diese für verschiedene Delikte wie Raub, Körperverletzung oder Sexualstraftaten ausweisen.

Zur besseren Ursachenforschung müssen diese kriminalitätsbezogenen Daten um soziale Kennzahlen wie Alter, Sozialhilfequote und gegebenenfalls Religion ergänzt werden. Zudem fordern wir eine landesweite Statistik zu Gefängnisinsassen und der Überrepräsentation einzelner Nationen im Strafvollzug.

#### 5 Kriminelle abwehren

Die Schweiz ist stolz auf ihre humanitäre Tradition. Die FDP wird diese immer verteidigen. Gerade deshalb ist es inakzeptabel, dass Kriminelle unter dem Deckmantel des Asylrechts unsere Hilfsbereitschaft missbrauchen. So etwa, wenn junge Männer in die Schweiz einreisen, die Asylunterkunft als Basis nutzen und von dort aus eigentliche Raubtouren unternehmen. Die meisten dieser Täter stammen aus den Maghreb-Staaten.<sup>7</sup> Laut Kriminalstatistik verursachen sie den Grossteil der Einbrüche<sup>8</sup> in der Schweiz; in einzelnen Kantonen gehen über 80 Prozent der Diebstähle auf ihr Konto. Teilweise agieren diese Täter äusserst brutal und schrecken bei Einbrüchen nicht mal vor Bedrohungen der Bewohnerinnen und Bewohner zurück. Zurück bleiben finanzielle Schäden, traumatisierte Opfer und ein Gefühl der Unsicherheit.

Um die Bevölkerung der Schweiz zu schützen, dürften solche Kriminelle gar nicht mehr ins reguläre Asylsystem gelangen. Die FDP fordert deshalb eine vorgelagerte Schnellprüfung. Migranten aus Ländern, von denen nicht einmal 5 von 100 Antragssteller Asyl erhalten, sollten den Asylbescheid in einem abgekürzten Verfahren erhalten und – so dieser tatsächlich negativ ausfällt – schnellstmöglich zurückgeschafft werden.<sup>9</sup> Dasselbe gilt für Asylbewerber im regulären System, die straffällig werden.<sup>10</sup> Bis zur Ausschaffung sollten diese in

<sup>6</sup> Urbaniok Frank (2025). Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen

<sup>7</sup> Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS); Jahresbericht 2024

<sup>8</sup> Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Bern 2024

<sup>9</sup> Mo. FDP-Liberale Fraktion [23.3533](#) Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen

<sup>10</sup> Mo. Gössi [25.3292](#) Straffällige Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich möglichst rasch aus der Schweiz ausschaffen

116 Administrativhaft<sup>11</sup> genommen werden. Wichtig sind in der Praxis bilaterale Rücknahmeabkommen<sup>1213</sup> und  
117 verbindliche Drittstaatenlösungen für heute nicht rückführbare Fälle.<sup>14</sup> Um Rückführungen zu ermöglichen, fordert  
118 die FDP, dass Staaten, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht zurücknehmen, auch keine finanzielle Unterstützung  
119 durch die Schweiz erhalten. Geprüft werden können weitere gezielte Sanktionen wie bspw. Einschränkungen bei  
120 der Visavergabe.

121 Um Kriminelle abzuwehren und einen Kollaps des Asylsystems zu verhindern, sind die Verträge von  
122 Schengen/Dublin von grösster Bedeutung. Dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen  
123 mit negativem Asylentscheid in den zuständigen Staat zu überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen  
124 muss. Ohne Dublin-Vertrag könnten Hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites  
125 Asylgesuch stellen.

## 126 **6 Organisiertes Verbrechen bekämpfen**

127 Glücklicherweise erlebt die hiesige Bevölkerung – noch – keine offen ausgetragenen Bandenkriege. Doch die  
128 organisierte Kriminalität hat sich in der Schweiz bereits eingenistet. Die Mafia nutzt das Baugewerbe,  
129 Restaurants, Reisebüros oder Barbershops, um Geld zu waschen. Laut dem Bundesamt für Polizei (fedpol) hat sich  
130 die Zahl der Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

131 Die Mafia ist nicht nur in Geschäften und auf Hinterhöfen aktiv. Ihre Machenschaften finden oft auch im digitalen  
132 Raum statt und werden über verschlüsselte Nachrichten koordiniert. Dabei hilft ihr ein falsch verstandener  
133 Schweizer Datenschutz. Die Privatsphäre ist ein hohes Gut, doch Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz  
134 werden. So entschied jüngst das Zürcher Obergericht, dass Sicherheitsbehörden geknackte Nachrichten von  
135 Verbrechern nicht verwenden dürfen. Das Gericht untersagte die Verwendung der Daten des Messengers «Sky  
136 ECC», der in ganz Europa von Verbrechern genutzt wurde. Dadurch konnte die Schweiz 3000 Verdächtige nicht  
137 verfolgen und bremste die grenzüberschreitende Fahndung aus. Wird die Schweiz durch solche Blockaden zur  
138 fahndungstechnischen Insel, so fällt es Kriminellen viel zu leicht, ihre Spuren zu verwischen. Deshalb muss schnell  
139 eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Sky-ECC-Daten verwendet werden können und die  
140 Sicherheitsbehörden griffige Instrumente im digitalen Raum erhalten.

141 Der digitale Raum wird nicht nur von der Mafia genutzt. Von einem Video in den sozialen Medien bis zum Griff  
142 zum Messer vergehen manchmal nur Tage. Die Radikalisierung junger Menschen stellt eine grosse Gefahr für die  
143 Schweiz dar.<sup>15</sup> Hier braucht es mehr Fachleute beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sowie eine engere  
144 operative Verzahnung mit der Bundes- und den Kantonspolizeien.<sup>16</sup> Dem NDB und dem fedpol stehen heute zu  
145 starre Vorschriften im Weg, um eine zielgerichtete Überwachung durchzuführen. Nur mit zeitgemässen  
146 polizeilichen Mitteln können Anschläge und Attacken verhindert werden, bevor sie passieren – zum Schutz von  
147 uns allen.<sup>17</sup>

148 Dramatisch für die Sicherheitsbehörden wäre, wenn die Verträge von Schengen/Dublin wegfallen würden. Sie  
149 bieten heute mit dem Schengen-Informationssystem (SIS) eine entscheidende Plattform, die Grenzschutz, die  
150 Polizei und den Nachrichtendienst des Bundes mit kritischen Informationen versorgt. Rund 350'000-mal befragt  
151 die Schweiz heute das SIS – jeden Tag. Die Behörden finden darin unverzichtbare Warnungen zur  
152 grenzüberschreitenden Kriminalität, zu islamistischen Gefährdern und zum Schlepperwesen.

<sup>11</sup> Po. Müller [23.3837](#) Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren

<sup>12</sup> Mo. Müller [24.3373](#) Migrationsabkommen mit Marokko anstreben

<sup>13</sup> Mo. Müller [23.3032](#) Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex

<sup>14</sup> Mo. Gössi [23.4440](#) Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat

<sup>15</sup> [Lagebericht](#) NDB «Sicherheit Schweiz 2024»

<sup>16</sup> Mo. de Quattro [24.3495](#) Schaffung einer auf die Terrorismusbekämpfung spezialisierten Strafverfolgungsbehörde des Bundes

<sup>17</sup> Mo. de Quattro [25.4559](#) Stopp dem Gewaltextremismus: Es braucht eine bessere nachrichtendienstliche Kontrolle von gewalttätigen und extremistischen Personen

## 153 **7 Gefängnisplätze zur Verfügung stellen**

154 Die Gefängnisse in der Schweiz platzen aus allen Nähten. 2025 lag die Belegungsrate insgesamt bei 94,5 Prozent,  
155 manche Anstalten waren zu mehr als 100 Prozent belegt. Dieser Platzmangel hat abstruse Folgen. Vielerorts  
156 können sich verurteilte Täter weigern, eine Geldstrafe zu bezahlen. Zwar würde die Geldstrafe dann eigentlich in  
157 eine Haftstrafe umgewandelt. Doch weil die Gefängnisplätze fehlen, muss die Ersatzhaft gar nie angetreten  
158 werden und die Strafe verjährt. Ein Missstand, der jedem Gerechtigkeitsempfinden spottet.

159 Die Lösung liegt auf der Hand: In der Schweiz müssen immer genügend Gefängnisplätze zur Verfügung stehen,  
160 damit der Strafvollzug wieder funktioniert. In der Not können Container aufgestellt werden. Um rasch die  
161 notwendigen Kapazitäten zu schaffen, gehören die Belegungsvorschriften angepasst. Wenn die Linke den Bau  
162 neuer Gefängnisse blockiert, muss sie sich nicht darüber beschweren, dass es in den Zellen enger wird.

163 Obwohl nur spärlich verfügbar (siehe Punkt 4), legen Erhebungen zudem nahe, dass die Gefängnisplätze zum  
164 grössten Teil von ausländischen Straftätern belegt werden. Nach Schätzungen von Prof. Urbaniok tragen rund 70  
165 Prozent der Insassen einen ausländischen Pass. Die FDP fordert den Bundesrat auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie  
166 der Strafvollzug für kriminelle Staatsangehörige der problematischsten Länder (insbesondere Algerien, Marokko  
167 und Tunesien) in ihren Heimatländern vollzogen werden kann. Dass dies möglich ist, zeigt schon heute der  
168 Überstellungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Kosovo. Kosovaren, die in der Schweiz verurteilt wurden,  
169 können unter gewissen Voraussetzungen gezwungen werden, ihre Freiheitsstrafe im Kosovo zu verbüssen.

## 170 **8 Opfer schützen**

171 Die heutigen Abläufe und Verfahren in Ermittlung und Strafverfolgung werden den Bedürfnissen der Opfer zu  
172 wenig gerecht – von der Anzeige bis zur Verurteilung. Opfer müssen damit rechnen, mit unangemessenen Fragen  
173 konfrontiert zu werden («Wie lange war der Rock, den Sie trugen?»). Im Verlauf des Verfahrens sind sie häufig  
174 gezwungen, dem Täter persönlich gegenüberzustehen, wodurch sie die traumatische Erfahrung ein zweites Mal  
175 durchleben. Hinzu kommt, dass Strafverfahren oft lange dauern, wodurch das Risiko besteht, dass die Gewalt des  
176 Täters weiter eskaliert.

177 Diese Umstände schrecken viele Betroffene oftmals davor ab, eine Anzeige zu erstatten. Zusätzlich erschweren  
178 bürokratische Hürden wie für Laien kaum verständliche Formulare und Abläufe den Zugang zur Justiz. Auch das  
179 finanzielle Risiko für Klägerinnen und Kläger stellt eine erhebliche Belastung dar. Die FDP fordert deshalb eine  
180 Stärkung der Opferrechte sowie eine deutlich höhere Gewichtung ihrer Perspektive. Besonders gefährdet sind  
181 Opfer von häuslicher Gewalt. Es ist inakzeptabel, dass sie gezwungen sind, ihre Wohnung zu verlassen, um sich  
182 und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Dadurch werden sie gleich doppelt zu Opfern: Sie erleiden Gewalt und  
183 verlieren ihr Zuhause. Die FDP fordert, dass der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss und sie nicht  
184 mehr betreten darf.<sup>18</sup>

185 Um den Schutz der Opfer nach solchen Vorfällen oder bei Freilassung der Täter zu garantieren, fordern wir  
186 Freisinnigen die landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM), wie es im Kanton Zürich  
187 bereits praktiziert wird. Es braucht aber nicht nur die Überwachung, sondern auch die unmittelbare Intervention.  
188 Die Polizei muss sofort eingreifen, wenn ein Täter den geschützten Bereich betritt, und das Opfer muss bei  
189 Annäherung des Täters alarmiert werden.

## 190 **Das fordert die FDP:**

- 191 > Grundsätzlich keine bedingten Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- 192 > Genügend Personal für Polizei und Staatsanwaltschaft
- 193 > Verdoppelung der Dauer vorläufiger Festnahmen auf 48 Stunden

<sup>18</sup> Pa. Iv. de Quattro [21.410](#) Wer schlägt, geht!



- 194 › Konsequente Repression bei harten Drogen wie Crack und Fentanyl
- 195 › Erhebung von Zahlen zur Überrepräsentation von Nationalitäten bei Kriminellen
- 196 › Sicherung des Fortbestands der Verträge von Schengen/Dublin
- 197 › Bilaterale Rückübernahmeabkommen mit den Maghreb-Staaten
- 198 › Genügend Gefängnisplätze dank angepasster Belegungsvorschriften
- 199 › Konsequente Wegweisung der Täter aus der gemeinsamen Wohnung bei häuslicher Gewalt
- 200 › Griffige Instrumente für die Verbrechensbekämpfung im digitalen Raum
- 201 › Landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM)

ENTWURF